

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heusesallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 39/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

35. Jahrgang / 203

22. Oktober 1980

Marie Schlei MdB, Vorsitzende des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, führt den Nachweis, warum weiterhin Friedenssicherung statt Konfrontation notwendig ist: Vertragsuntreue wäre Selbstverstümmelung.

Seite 1/2

Karl Liedtke MdB stimmt die unzureichende politische Auseinandersetzung mit dem Neonazismus nachdenklich: Durchsichtige Motive.

Seite 3/4

Beate Weber MdEP berichtet, wie das EG-Verbraucher-Aktionsprogramm gestoppt wurde: Unheilige Allianz.

Seite 5

Peter Conradi MdB antwortet Annemarie Renger: Klassische Vergleiche.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

Vertragsuntreue wäre Selbstverstümmelung

Weiterhin Friedenssicherung statt Konfrontation

Von Marie Schlei MdB
Vorsitzende des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Die Außenminister des Warschauer Pakts haben auf ihrer Tagung in Warschau ihr Interesse an einem Erfolg der Madrider KSZE-Folgekonferenz nachdrücklich unterstrichen. Sie haben sich in diesem Zusammenhang insbesondere für die Einberufung einer Konferenz über Abrüstung in Europa auf der Grundlage der KSZE-Schlussakte eingesetzt. Wir sollten diesen von den Außenministern des Warschauer Pakts bekundeten Willen zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ernst nehmen, gerade vor dem Hintergrund der Ereignisse in Polen und der Abgrenzungs- und Abkapselungspolitik Honeckers.

In dem Maße wie die jüngsten Rückschläge für die Entspannungspolitik durch die DDR-Maßnahmen hier zu einer Verstärkung des Rufs nach Umkehr und Abkehr von der Entspannungspolitik führen, gefährden wir nicht nur das, was bisher an menschlichen Erleichterungen konkret und tatsächlich erreicht wurde. Wir würden auch selber das anbieten, was der anderen Seite bisher noch fehlt, nämlich die Gründe für die inneren Schwierigkeiten dort, hier bei uns suchen und festmachen zu können.

Geradezu mit Schadenfreude gefällt sich Herr Fack in seinem Leitartikel in der FAZ vom 21. Oktober darin, von den "Scherben der Ostpolitik" zu reden und die Ost- und Entspannungspolitik als eine "Politik mit eingebauter Selbstzerstörung im Erfolgsfalle" zu bezeichnen. Ein schlimmeres Mißverständnis dessen, was Ost-Deutschland- und Entspannungspolitik auf westlicher Seite unter dem gegenwärtigen politischen und militärischen Bedingungen bedeuten kann, dürfte es kaum geben.



Es ist wenig hilfreich, durch Herumdeuten und logische Spielereien mit der These "Wandel durch Annäherung" mit Palmström zu dem Ergebnis zu kommen, daß der Wandel drüben "aus systembedingten Gründen unmöglich ist". Worum es uns allein gehen kann - und das ist allen spätestens mit dem Bau der Berliner Mauer klar geworden - ist, durch einen Wandel der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und seinen östlichen Nachbarn, einschließlich der DDR einen militärischen Austrag des Ost-West-Konflikts verhindern zu helfen, das heißt zur Friedenssicherung in Europa beizutragen. Wir können und wollen der anderen Seite kein anderes System und keine andere Ideologie aufzwingen. Ebenso wenig wollen wir, daß die andere Seite uns ihr System und ihre Ideologie aufzwingt. Unsere friedenssichernde Aufgabe hört doch nicht dann auf, wenn auf der anderen Seite bitter notwendige Reformen - in welchem Maße sie dort durchsetzbar sind, ist doch gerade jetzt die Frage - unterdrückt werden, oder wenn die DDR prophylaktisch Maßnahmen zur Abwehr eines Einflusses beschließt, von dem sie annimmt, daß er negative Rückwirkungen auf die innenpolitische Stabilität der DDR hat.

Daß es in Wirklichkeit Anpassungsschwierigkeiten gegenüber den Folgen der Weltwirtschaftskrise sind, verbunden mit Freiheitsdrang und Hoffen auf mehr Bewegungsfreiheit, darf uns hier doch nicht dazu veranlassen, die andere Seite mit der Aufkündigung der Entspannungspolitik bestrafen zu wollen. Rücknahme der getroffenen Maßnahmen der DDR ja, denn sie verletzen deutsch-deutsche Vereinbarungen und die Bestimmungen der KSZE-Schlußakte. Abkehr von unseren eigenen Prinzipien der Zusammenarbeit nein, denn Vertragsuntreue wäre Selbstverstümmelung des Westens. Uns bleibt nur der Weg, immer wieder den mühsamen Versuch zu machen, auszuloten, welches Maß an Zusammenarbeit auch für die andere Seite wirklich erträglich ist. Je mehr, je besser.

Natürlich ist Entspannungspolitik ohne menschliche Erleichterungen unannehmbar. Aber es bleibt ebenso richtig, daß Entspannung mit konkreten Erleichterungen in unserem Interesse liegt; und dieses Interesse können wir nur vertreten und umsetzen, wenn wir nicht auf den Versuch verzichten, mit der anderen Seite zu reden und sie mit ihren eigenen Aussagen ernst zu nehmen, solange sie selber an der Zusammenarbeit mit dem Westen festhält.

Aufzwingen kann man der anderen Seite die Zusammenarbeit nicht, wenn sie glaubt, das nicht verkraften zu können. Uns aber auch auf dieser Seite einzuigeln und besinnungslos ins Wettrüsten zu stürzen, ist keine Lösung.

Die Zusammenarbeit im Westen hat noch nie darunter gelitten, daß Ost-West-Gespräche geführt und Vereinbarungen zustandegebracht worden sind. Im Gegenteil: Sie ist dadurch stärker geworden, in der NATO und auch in der Europäischen Gemeinschaft. Wer auf Entspannungspolitik hier verzichten will, würde auch in puncto westliche Zusammenarbeit ernüchternde Erfahrungen machen. Die Kosten einer solchen Politik wären doppelt spürbar: hier und drüben.
(-/22.10.1980/ks/ca)

+ + +



Durchsichtige Motive

Politische Auseinandersetzung mit Neonazismus stimmt nachdenklich

Von Karl Liedtke MdB
Vorsitzender des SPD-Parteirats

Die Bereitschaft und Fähigkeit der Rechtsextremisten zur Gewalt sind erheblich gestiegen, hat dieser Tage Bundesinnenminister Baum festgestellt. Die grausamen Terroranschläge von Bologna, München und Paris sind der schreckliche Hintergrund dieser Feststellung. Eine Überdramatisierung des Anwachsens rechtsextremistischer Bestrebungen ist sicher fehl am Platz. "Der Rechtsextremismus stellt weiterhin keine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar." Dieser Satz aus dem Vorwort zum jüngsten Verfassungsschutzbericht ist auch heute noch im Kern zutreffend.

Dennoch: Nicht nur das Anwachsen des militanten Rechtsextremismus, auch die Art und Weise der politischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und dem Neonazismus in der Bundesrepublik muß nachdenklich stimmen.

Als Willy Brandt 1977 in einem Brief an den Bundeskanzler auf das Anwachsen rechtsextremistischer und neonazistischer Tendenzen aufmerksam machte, ereiferten sich die christlichen Oppositionsparteien heftig und warfen ihm vor, er wolle von den Terroranschlägen "von links" ablenken. Drei Jahre später ereignete sich in München der blutigste Terroranschlag, den die Bundesrepublik erlebt hat. Vorausgegangen waren Anschläge auf Ausländerunterkünfte, die ebenfalls Todesopfer gefordert hatten.

Welche Ursachen zu diesen Terroranschlägen und überhaupt zum Anwachsen des militanten und gewalttätigen Rechtsextremismus geführt haben, wird jedoch kaum diskutiert. Zum Vergleich erinnere man sich nur an die heftigen und breiten Diskussionen der 70er Jahre über Ursachen des Terrorismus, eines Terrorismus, der von einigen aus durchsichtigen Motiven als links apostrophiert wurde, was die Ursachen eher verdunkelte als erhellte.

Für manche erübrigt sich ja auch die Diskussion über die Ursachen, haben doch die christlichen Parteien und die rechtskonservative Presse bereits eine "eindeutige" Erklärung: Der Ministerpräsident von Bayern weist - ohne den Beweis dafür anzutreten - auf die angeblich hohe Zahl von ehemaligen DDR-Häftlingen bei den Rechtsextremisten hin - und diffamiert damit pauschal eine ganze Personengruppe. Bild am Sonntag gar versteigt sich zu der These, Drahtzieher des Münchener Anschlags sei der KGB gewesen.



Das Strickmuster ist klar - wozu also nach den wirklichen Ursachen fragen?

Noch etwas sollte uns nachdenklich stimmen: In Frankreich gehen wenige Tage nach dem Anschlag auf die Synagoge in Paris Hunderttausende auf die Straße und demonstrieren eindrucksvoll gegen rechtsextremistische Gewalttaten. Selbst in Belgien werden anlässlich der Terroranschläge von Bologna, München und Paris große Kundgebungen veranstaltet. Wir Deutschen können - so scheint mir - von unseren Nachbarn etwas lernen.

In der letzten Woche trafen sich rund hundert Sozialdemokraten aus Österreich und Deutschland, die unter der Nazidiktatur verfolgt worden waren und Widerstand gegen dieses Regime geleistet hatten. Diese Frauen und Männer, die unsägliche Leiden während der verbrecherischen Nazi Herrschaft ertragen mußten, haben es sich zur Aufgabe gemacht, durch Vermittlung der historischen Erfahrungen des Widerstandes der Sozialdemokraten gegen die Nazi Herrschaft an die jüngeren Parteimitglieder und bei der Jugend insgesamt das antifaschistische Bewußtsein zu wecken, zu verstärken und ihr die politische Aufgabe der Bekämpfung des Neonazismus bewußt zu machen.

In einer auf diesem Treffen verabschiedeten Resolution stellen sie fest: "Mit Sorge sehen wir, daß sich in den letzten Jahren die Aktivitäten faschistischer, neonazistischer und rechtsextremistischer Gruppen und Organisationen vermehrt haben. Dies geht in jüngster Zeit - wie die Anschläge in Bologna, München und Paris zeigen - bis zu brutalen und menschenverachtenden Terrorakten.

Wir bestärken die Parteien der Sozialistischen Internationale in ihrem nationalen und internationalen Kampf gegen alle neofaschistischen Tendenzen und Bestrebungen und appellieren an alle Demokraten in Europa und der ganzen Welt, sich mit aller Kraft an diesem Kampf zu beteiligen."

Möge der Appell dieser Menschen, die unter Gefahr für Leib und Leben einer faschistischen Diktatur widerstanden haben, nicht ungehört verhallen! (-/22.10.1980/ks/ca)

+ + +



Gegen die Interessen der Verbraucher

Unheilige Allianz stoppte Aktionsprogramm der EG

Von Beate Weber MdEP

Stellvertretende Vorsitzende im Ausschuß für Umweltfragen,
Volksgesundheit und Verbraucherschutz

Die Europäische Gemeinschaft hat einen schwarzen Tag für die Verbraucherpolitik erlebt. Eine unheilige Mehrheits-Allianz aus Konservativen, Christdemokraten und Liberalen im Europäischen Parlament hat sich gegen die Interessen der Verbraucher und für die Interessen der Wirtschaft entschieden. Gegen den Widerstand der Sozialistischen Fraktion hat diese Mehrheit eine nachhaltige Verbesserung des 2. Aktionsprogramms der EG zur Verbraucherpolitik verhindert.

Anlaß der Abstimmungen war die Stellungnahme des Europäischen Parlaments zum Entwurf eines 2. Aktionsprogramms der Gemeinschaft zur Förderung der Verbraucherinteressen. Dieses Programm enthält Vorschläge zur Gesundheit und Sicherheit von Verbrauchern, zum Schutz vor unlauterer Preispolitik, zur verbraucherfreundlichen Gestaltung der Agrarpolitik sowie zur Interessenvertretung der Verbraucher.

Die Mehrheit des Parlaments weigerte sich unter anderem

- gesetzliche Regelungen zum Verbraucherschutz generell voranzutreiben;
- die unzureichenden Finanzmittel und den ungenügenden Personalbestand der Gemeinschaft zur Verbraucherpolitik aufzustocken;
- Maßnahmen zur strengeren Regelung der Werbung zuzustimmen, die zu ausschließlich kommerziellen Zwecken auf Kinder abzielt;
- eine bessere Vertretung der Verbraucherschutzorganisationen in der Europäischen Gemeinschaft zu ermöglichen und das gemeinsame gerichtliche Vorgehen von Verbraucherschutzorganisationen in den verschiedenen Gemeinschaftsländern zu ermöglichen.

CDU- und FDP-Abgeordnete im Europäischen Parlament haben damit dem Ministerrat als Vertretung der Regierungen der neun Mitgliedsstaaten in die Hände gespielt, der immer noch wichtige Fortschritte in der Verbraucherpolitik blockiert. Dazu gehören Vorschläge für eine europäische Rahmen-Gesetzgebung zum Schutz des Verbrauchers vor unlauterem Wettbewerb und zur Haftung eines Herstellers für mögliche Schäden, die von seinem Produkt ausgehen (siehe Contergan-Fall). Verbraucherpolitische Lippenbekenntnisse in Deutschland werden offenbar in der EG nicht ernst genommen. Dabei erfordert der grenzüberschreitende Warenverkehr im gemeinsamen Mandat der EG auch einen grenzüberschreitenden Verbraucherschutz.

(-/22.10.1980 /hi/ca)

+ + +



Klassische Vergleiche

Zu Annemarie Rengers Hinweis auf das Kaiserreich Lilliput
und die neue SPD-Bundestagsfraktion
Von Peter Conradi MdB

Annemarie Rengers Vergleich zwischen der SPD-Bundestagsfraktion und dem Kaiserreich Lilliput hinkt nach ihren Worten nur in einem einzigen Punkt: Die Fraktion ist größer. Es lohnt sich, bei Swift selbst weiterzulesen; da finden sich überraschende Stellen. Ursprünglich ging es in Lilliput noch gesittet zu:

"Bei der Besetzung der Ämter nehmen sie mehr Rücksicht auf gute Sitten als auf Fähigkeiten, denn da eine Regierung für die Menschen einmal notwendig sei, genüge auch das gewöhnliche Maß des Verstandes für die eine oder andere Stellung."

Inzwischen sind diese schönen Sitten laut Swift leider durch die verderbte Natur des Menschen und durch das allmähliche Anwachsen des Parteigeistes in Lilliput schmachlich entartet; Ämter werden durch Seiltanzen vergeben:

"Die Fertigkeit (des Seiltanzes) wird nur von denjenigen geübt, welche sich um bedeutende Ämter und hohe Gunst bei Hofe bewerben... Wenn ein höheres Amt vakant wird, entweder durch Tod oder durch Ungnade (letzteres geschieht oft), so ersuchen fünf oder sechs Kandidaten den Kaiser in einer Bittschrift, Seine Majestät mit einem Seiltanz unterhalten zu dürfen. Wer am höchsten springt, ohne zu fallen, erhält das Amt. Oft werden selbst die regierenden Minister aufgefordert, ihre Geschicklichkeit zu zeigen, um den Kaiser zu überzeugen, daß sie ihre Fähigkeiten nicht verloren haben. Vom Finanzminister Flimnap wird gesagt, daß er auf einem straff gespannten Seil einen Luftsprung machen kann, wenigstens um einen Zoll höher als der übrige Adel des Reiches."

Ein Scheim, der behaupten wollte, so etwas gäbe es auch außerhalb von Lilliput. Eine entfernte Ähnlichkeit mit unserer Gegenwart läßt sich allenfalls dort entdecken, wo Gulliver zum Tode verurteilt wird, weil er den brennenden Kaiserpalast Lilliputs durch Entleeren seiner Blase gelöscht hat:

"Durch die Grundgesetze des Reiches wird nämlich jedem, ohne Rücksicht des Standes, die Todesstrafe bestimmt, der innerhalb der Palastmauern Wasser läßt."

So ähnlich ist's bei uns in der Fraktion auch: Weh' dem, der die Bundesregierung anpinkelt! Als nächsten Klassiker mit politischen Bezügen empfehle ich Annemarie Renger Carrolls "Alice im Wunderland".
(-/22.10.1980/hi/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

